



VORARLBERG

Presseunterlagen

zum Thema:

Endlich Entlastung anstatt heißer Luft!

FSG-Vorarlberg bittet um Unterstützung bei der AK-Wahl

Termin: Freitag, den 11. Jänner 2019
Beginn: 11.00 Uhr
Ort: Hotel Martinspark, Dornbirn

Gesprächspartnerin:

LAbg. Manuela Auer, AK-Vizepräsidentin



VORARLBERG

AK-Wahl ist erste Richtungsentscheidung

Feldkirch (FSG) Das Jahr 2019 ist für AK-Vizepräsidentin und FSG-Spitzenkandidatin Manuela Auer ein Entscheidungsjahr. „Es geht darum, ob sich der arbeitnehmerfeindliche Kurs der Bundesregierung weiter verfestigt, oder ob den unsozialen konzernorientierten Umtrieben der schwarz-blauen Regierung Einhalt geboten wird. Das hängt auch ganz stark vom Ergebnis der anstehenden AK-Wahl ab. Jede Stimme für die FCG-ÖAAB Kammerfunktionäre ist eine Stimme für „Türkis-Blau“, betont Auer. „Anstatt heißer Luft von ÖVP und FPÖ braucht es endlich echte Reformen, die den hart arbeitenden Menschen in diesem Land nutzen und nicht dem schwarz-blauen Parteiapparat und deren WahlkampfspenderInnen aus der Industrie“, fordert die FSG-Spitzenkandidatin mit aller Vehemenz.

Regierung produziert nur heiße Luft

„Alles was ÖVP und FPÖ produzieren, ist heiße Luft“, hält Auer fest. „Die WählerInnen werden getäuscht und hinter das Licht geführt. In keiner der bislang getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung steckt ein Nutzen für die ArbeitnehmerInnen. So gibt es keine echte Freiwilligkeit beim neuen Arbeitszeitgesetz. Die Patientenmilliarde durch die Sozialversicherungsreform ist ebenfalls Täuschung. Mit der Reform wird nur der Einfluss der UnternehmerInnen auf unser Gesundheitssystem gestärkt. Statt einer Patientenmilliarde wird es eine Belastungsmilliarde geben, die auf die Versicherten und PatientInnen in Form von Leistungsabbau und höheren Selbstbehalten zurückfallen wird.“ Es wurde auch versprochen, die kalte Progression abzuschaffen. „Das soll – wenn überhaupt – nun erst im Jahr 2022 geschehen. Last but not least wird aus der von Bundeskanzler Kurz groß angekündigten jährlichen Steuerentlastung in Höhe von 14 Mrd. Euro ein ‚Steuerreformchen‘ in dem zu einem großen Teil Steuerentlastungen für Unternehmen enthalten sind“, kritisiert Auer. Deshalb schickt die AK-Vizepräsidentin diese „heiße Luft“ symbolisch in einem riesigen Karton wieder zurück nach Wien und betont: „Auf diese falschen Versprechungen können wir verzichten!“

Kurskorrektur

„Es geht darum, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne dass die Einen immer mehr Vorteile zugesprochen bekommen und die Anderen selbst schauen müssen, wo sie bleiben.“ Auer kritisiert vor allem die arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen der Regierung zu Gunsten der Unternehmen. „Wie wichtig eine starke ArbeitnehmerInnenvertretung ist, die ehrlich für die Beschäftigten arbeitet, hat sich bei den Kollektivvertragsverhandlungen gezeigt. Wesentliche Verschlechterungen durch das neue Arbeitszeitgesetz für die ArbeitnehmerInnen konnten abgefangen werden. So wurden in einigen Kollektivverträgen ein Rechtsanspruch auf die 4-Tage-Woche und ein 100 Prozent Zuschlag für die 11. und 12. Stunde erreicht. All dies wollte ÖVP und FPÖ nicht ins Gesetz mitaufnehmen.“



VORARLBERG

Steuerreform ist Mogelpackung

Von der groß angekündigten Steuerreform der Bundesregierung ist nicht viel übriggeblieben. „Der wirtschaftliche Erfolg Österreichs ist der Erfolg seiner ArbeitnehmerInnen. Wenn es zu einer Steuerreform kommt, müssen sie auch am meisten von der steuerlichen Entlastung haben. Von der geplanten Steuerreform in Höhe von 4,5 Milliarden Euro bleibt für die ArbeitnehmerInnen nur ein Bruchteil übrig.“ Das Paket beinhaltet zu einem großen Teil Entlastungen für Unternehmen etwa durch die geplante Senkung der Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne, die allein schon rund 1,5 Milliarden Euro ausmacht. „Was den Menschen als Entlastung verkauft wird, finanzieren sie sich selbst. Bis zur Abschaffung der kalten Progression, wird den ArbeitnehmerInnen weiter heimlich Geld aus der Tasche gezogen.“ Die Regierung nimmt über die kalte Progression von 2017 bis 2022 über 6 Milliarden Euro zusätzlich ein. Damit wird das Steuerniveau lediglich auf den Stand von 2016 zurückgesetzt. „Das ist keine echte Steuersenkung. Werden zudem die Sozialversicherungsbeiträge zur Finanzierung der Steuergeschenke für die Unternehmen gesenkt, fehlt etwa bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung das Geld. Die ArbeitnehmerInnen werden die Scheinsteuereform der Regierung teuer bezahlen müssen, wenn etwa höhere Selbstbehalte für Gesundheitsleistungen fällig werden“, warnt Auer.

„Von einem großen Wurf kann keine Rede sein, denn auch die Umsetzung soll in Etappen erfolgen. Die Regierung wäre gut beraten, sich ein Beispiel an der Steuerreform von 2016 zu nehmen, bei der die ArbeitnehmerInnen auf einen Schlag um 5,2 Milliarden Euro entlastet wurden. Den Menschen muss sofort mehr von ihrem Geld übrigbleiben. Das Entlastungsvolumen für die ArbeitnehmerInnen im Bereich der Lohnsteuer sowie bei den Wohnkosten sollte neuerlich mindestens fünf Milliarden Euro betragen, der Schwerpunkt muss auf die unteren und mittleren Einkommen gelegt werden. Die Negativsteuer für geringe Einkommen muss ausgeweitet werden und gleichzeitig müssen digitale Konzerne, multinationale Unternehmen und leistungsloses Vermögen endlich mehr beitragen“, fordert Auer.

Wohnkostenexplosion stoppen

Angesichts steigender Wohnkosten könnte bei der geplanten Steuerreform auch ein "Wohnbonus" in Höhe von maximal 500 Euro pro Jahr eingeführt werden, mit dem zehn Prozent der Wohnkosten eines Haushalts von der Lohn- bzw. Einkommenssteuer abgesetzt werden können. Wer unter der Einkommenssteuergrenze verdient, also gar keine Einkommenssteuer zahlt, dem sollte der Wohnbonus als Gutschrift ausbezahlt werden. Nicht nur Mieter, sondern auch Eigentümer sollen den Wohnbonus nutzen können: Absetzbare Wohnkosten sollen der laufende Mietzins oder die Kosten für Kauf sowie Sanierung von Wohnraum sein, also etwa bei Wohnungseigentümern die Rückzahlungsraten für einen Hypothekarkredit. Nur für eigengenutzten Wohnraum (maximal 150 m²) sowie bis maximal 90.000 Euro Jahreseinkommen (mit Einschleifregelung ab 60.000 Euro)



VORARLBERG

soll der Wohnbonus Anwendung finden. Die Kosten für den werden auf 1,2 Mrd. Euro geschätzt.

Faires Arbeitszeitgesetz

Die Regierung versprach, dass es sich die ArbeitnehmerInnen aussuchen können, wie viel sie arbeiten wollen. „Der Hinweis im neuen Arbeitszeitgesetz ist jedoch das Papier nicht wert“, betont Auer. „Niemand wird aus Angst vor dem Jobverlust seinem Chef eine Absage bei Überstunden erteilen.“ In vielen Fragen herrscht Rechtsunsicherheit. Von einer Besserstellung der ArbeitnehmerInnen kann keine Rede sein. Die FSG fordert daher eine Überarbeitung des Gesetzes. So soll es einen gesetzlich geregelten Rechtsanspruch auf die Vier-Tage-Woche geben, einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit, Bildungskarenz und andere Auszeit-Modelle. Der Betriebsrat soll miteinbezogen werden, wenn Arbeitszeiten über zehn Stunden täglich und/oder 50 Stunden wöchentlich hinausgehen. Die Beschäftigten sollen das Recht haben, allein über ihren Zeitausgleich zu entscheiden. Es braucht zusätzliche bezahlte Arbeitspausen bei Arbeitstagen mit mehr als zehn Stunden. Karenzzeiten sollen voll angerechnet werden. Beschäftigte mit All-in-Entgelt oder Überstundenpauschalen sollen am Ende der Durchrechnungszeiträume verpflichtend eine Deckungsrechnung erhalten, aus der klar ersichtlich ist, ob die Pauschale sämtliche geleistete Arbeit abgedeckt hat. Nicht bezahlte Überstunden sollen mit einem 100-prozentigen Strafzuschlag sanktioniert werden und das Fälschen von Arbeitszeitaufzeichnungen soll als eigenständiger Straftatbestand definiert werden.

Pflege auf neue Beine stellen

Auer ist es ein Anliegen, im Pflegebereich rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Personal, für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige zu treffen. „Dazu braucht es vor allem mehr Personal.“ Auer fordert ein umfassendes Konzept statt vager Ankündigung. „Die von der Regierung angekündigte Imagekampagne für Pflegeberufe wird wenig bringen. Wenn irgendetwas hier eine Imagepolitik braucht, dann sind es die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung“, stellt Auer angesichts des Personalnotstandes im Pflegebereich fest und erneuert ihre Forderungen: „Die Regierung muss eine fachlich fundierte Grundlage für die Berechnung des Personalbedarfs auf die Beine stellen.“ Außerdem verlangt die AK-Vizepräsidentin Sofortmaßnahmen wie ein Verbot von Nachtdiensten alleine und zusätzliche Kräfte für die Nachtschicht, bessere Dienstpläne mit längeren Freizeitblöcken, Angleichung der Löhne in der Langzeitpflege an jene in den Krankenhäusern und mehr Kompetenzen für Pflegefachkräfte.



VORARLBERG

Ehrlich für die Menschen

„Wir kämpfen seit je her ehrlich und glaubwürdig für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen in diesem Land. Die schwarzen GewerkschafterInnen kritisieren ihre Parteikollegen in Wien lediglich in Wahlkampfzeiten, unterstützen sie aber weiterhin und fördern die arbeitnehmerfeindliche und unsoziale Politik von ÖVP und FPÖ.“ Die nächsten „Schandtaten“ stehen bereits in den Startlöchern. Durch das geplante „Arbeitslosengeld Neu“ und die Reform der Mindestsicherung droht die Armut in Österreich massiv zu steigen. Betroffen sind Familien, AlleinerzieherInnen, PensionistInnen, ältere Arbeitssuchende, Menschen mit Behinderung und Kinder.

„Der Widerstand gegen den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, nicht zuletzt durch eine Schwächung der Arbeiterkammer im Zuge der Steuerreform, darf nicht verstummen! Die Kritik der schwarzen AK-Funktionäre an der Regierung wird nach der Wahl ausklingen – die FSG-Fraktion wird dagegen weiter mit allen Mitteln unermüdlich und lautstark für ein gutes Leben der ArbeitnehmerInnen in diesem Land kämpfen. Deshalb braucht es eine starke FSG für eine starke AK! Darum bitte ich um Unterstützung für die Liste 2, Manuela Auer, FSG-Vorarlberg.“